

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 2,10 Gulden oder 2,25 Goldmark.

Bezugspreis für November 1,50 Gulden oder 1,10 Goldmark. Wöchentlich 0,30 Gulden oder 0,20 Goldmark. Postbezugspreis für November 700.000 M., Schlüsselzahl freibl. Anzeigen: d. -gep. Seite 0,30 Gulden oder 0,25 Goldmark. Reklametzelle 1,50 Gulden oder 1,20 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 255

Mittwoch, den 31. Oktober 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
beilegung und Druckarbeiten 3290.

Wortbrüche des Bürgerblocks.

Versprechungen auf sozialpolitischem Gebiete: Arbeitnehmerkammern und Betriebsausschüsse. Die eigenen Versprechungen sabotiert. Das unbequeme Betriebsrätegesetz verhindert. Agrarische Verhöhnung der Arbeiterschaft. Das Zentrum als Scharfmacherpartei trotz volksfreundlicher Redensarten.

Auf keinem Gebiet ist die vierjährige Regierung des Bürgerblocks wohl unfruchtbarer gemessen als auf dem der Sozialpolitik. Wichtige Arbeitnehmerrechte, die in Deutschland schon längst im Betriebsrätegesetz und in den Gesetzen einzelner Länder über die Arbeiterkammern verankert sind, kennt der Arbeiter und Angestellte in Danzig nur vom Hörensagen. Die Invaliden, Klein- und Altersrentner kommen in bitterster Not, ohne daß der Senat und Bürgerblock für durchgreifende Abhilfe sorgten. Mit öffentlichen Betteleien für die notleidenden Schichten suchte der Bürgerblock seinen sozialen Pflichten nachzukommen. Die Fürsorge der Arbeitslosen ist völlig unzureichend und harret noch immer der gesetzlichen Regelung. Man mag herausgreifen, welches Gebiet der sozialen Fürsorge man will, immer dasselbe Bild: Willige Beiseitenschiebung aller fundamentalsten menschlichen Pflichten.

In schönen Redensarten haben es allerdings der Bürgerblock und sein Senat in den 4 Jahren ihrer glorreichen Herrschaft nicht fehlen lassen. Schon nach der Wahl des Senats gab Senatsvizepräsident Dr. Ziehm am 10. Dez. 1920 im Volkstage in einer programmatischen Erklärung die angeblichen Ziele des Senats bekannt. Er führte aus:

„Zahlreiche Gesetze sind zur Ausführung unserer Verfassung zu erlassen. Wir weisen insbesondere auf das Gesetz über die berufständliche Vertretung, insbesondere die Kammer der Arbeit zur Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten und zwecks Förderung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte hin. Das soziale Versicherungswesen, seine Uebernahme auf die Freie Stadt und sein zeitgemäßer Ausbau bedürfen gesetzlicher Maßnahmen; ebenso die Einrichtung von Betriebsauschüssen für die Arbeiter und Angestellten, die in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken haben.“

Die Rechte der Kriegsbeschädigten werden wir mit allen Mitteln zu sichern suchen.“

Erst im Januar 1923 aber gingen dem Volkstage von der Regierung die Entwürfe der Angestellten- und der Arbeiterkammergesetze zu. Diese wurden aber bis zum heutigen Tage noch nicht vom Bürgerblock verabschiedet, während man das Pensionsgesetz für die Senatoren nicht schnell genug durchbringen konnte. Der versprochene Gesetzesentwurf über die Betriebsauschüsse ist dem Volkstag bis heute noch nicht zugegangen. So betrog der Bürgerblock die Arbeitnehmer um die gemachten Versprechungen.

Die Erklärung des Senatsvizepräsidenten wurde später durch den Senator Schümmer ergänzt. Ueber das Arbeitslosenproblem äußerte Schümmer:

„Wir wollen aus dem Elend heraus, aber nicht durch Besprechungen und lange Reden, sondern durch praktische Arbeit. Wir setzen die Not des Volkes, und die greift uns an.“

Der Polizeisenator Schümmer hat dann mehrfach, und zwar im Sinne des deutschnational geführten Senats und der bürgerlichen Blockparteien, dem Empfinden seines volksfreundlichen Herzens dadurch Ausdruck verliehen, daß er seine Schupo mit Handgranaten und Bajonetten gegen die hungernde Arbeiterschaft in der Stadt und auf dem Lande vordrängte und eine Anzahl streikender Landarbeiter ins Gefängnis werfen ließ. Renitente Großkrogerer jedoch, die den staatlich beauftragten Vollziehungsbeamten zu Neuteich und Sadehoff verhöhten und verhinderten, die Zwangsversteigerung vorzunehmen, wurden gerichtlich nicht bestraft. Diese unterschiedliche Behandlung ist der greifbare Ausdruck sozialen Empfindens von Senat und bürgerlichen Blockparteien, je nachdem es sich um Großkrogerer oder Arbeiter handelt.

Die kapitalistisch gerichteten Bürgerblockvertreter waren den Arbeitnehmerrechten stets abgünstig gesonnen.

Schon in der Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung vom 24. September 1920 erklärte der deutsch-nationale Abg. Kochanski bei Beratung einer Eingabe von Landarbeitern aus Schöneberg, welche Maßnahmen wünschten, die verhüten sollten, daß ihnen ihre Existenz genommen würde (Besetzung der Saisonarbeiter), daß ihm von Gemeindevorstehern gesagt worden sei, daß die Arbeiter auf dem Lande nicht mehr arbeiten wollten. Abg. Kochanski sagte dann wörtlich:

„Früher haben die Frauen der Landarbeiter das Ankrant angefüllt in den Rübenfeldern, heutzutage kommen die Frauen nicht mehr zur Arbeit. Sie sagen, die Männer verdienen heute soviel Geld, wir haben nicht nötig zu arbeiten.“

Wer einen Einblick in das Wohngebilde und die oft recht dürftige Lebenshaltung der Landarbeiter, Deputanten usw. hat, muß sich über die kühne Stirn dieses Agrariers wundern, mit der er in breiter Öffentlichkeit solche Heuereien zu tun wagt.

Ein anderer großkapitalistischer Arbeitgeber, der Großkaufmann Abg. Wieler von der Deutschen Partei,

zeigte gleichfalls seine Weltfremdheit hinsichtlich der sozialen Lage des schaffenden Volkes. Er sagte in der Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung vom 7. August 1920:

„Der fleißige Mann, an welcher Stelle er stehen mag, wird sich Geld sparen. (Wachen links.) Jawohl, oder bestritten Sie etwa, daß man sich Geld sparen kann? Wenn Sie sagen, daß Sparen ausgeschlossen ist, dann ist mit Ihnen nicht zu diskutieren.“ (Lachen des Abg. Kochanski: Nach dreißigjähriger Tätigkeit verhungert der Arbeiter!)

Nichts charakterisiert besser die Feindschaft der Bürgerblockparteien gegen soziale Arbeitnehmerrechte als die Rede desselben Abg. Wieler gegen die Einführung des deutschen Betriebsrätegesetzes in Danzig. Da führte dieser Parteifreund der Hirsch-Dunder-Arbeiter aus:

„Wenn wir mit fremden Firmen verhandelt haben auf Errichtung von Unternehmen hier in Danzig, dann haben wir stets von allen Seiten als erste Antwort die erhalten: Wie sind bei euch die Arbeitsverhältnisse, werden wir in Ruhe und Ordnung wirtschaften können? Wie steht es mit dem Betriebsrätegesetz, und wird das deutsche Betriebsrätegesetz nach Danzig überführt werden? So wie wir erst wissen, daß das Betriebsrätegesetz bei euch in Danzig eingeführt wird, nehmen wir von reicher Gründung einer Fabrik Abstand. Diese Antworten sind uns überall gegeben worden.“

Der deutschparteiliche Schaufelpolitiker Abg. Hennke überließ sich förmlich in liberalen Redensarten. In seiner Rede zur Regierungserklärung am 16. Dezember 1920 sagte er:

„Weder extrem rechts noch extrem links darf das Staatsschifflein gelenkt werden. Da sind die Anke des hohen Hauses an der Regierungsbildung nicht beteiligt, würde das erhoffte befürchtet werden. Wir werden das zu verhindern wissen. Uns kann nur eine liberale Danziger Politik nützlich sein. Die von uns in den Senat entsandten Herren werden immer ihre Pflicht tun. Sie werden nicht die unfähigen Köpfe sein. Zusammengefaßt habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir auch der neuen Regierung gegenüber unsere Entscheidungen in allen hier zur Verhandlung kommenden Fragen immer nur in der von uns angeordneten liberalen Richtung von Fall zu Fall treffen werden.“

Dieses Versprechen hielt dieser worttapfere liberale Arbeitnehmervertreter dadurch, daß er den unerfährlichen Agrariern bei Festhaltung des Getreidemlagefalls im Herbst 1921 weiträumig entgegenkam; denn man könne doch die Landwirtschaft nicht ruinieren, meinte er. Die Spaltung der Deutschen Partei und der Verbleib des Abg. Hennke beim reaktionären Flügel

beweisen zur Genüge, daß er stets, trotzdem den Arbeitnehmerrechten angehörig, ein Steigbügelhalter des machi- und profitlüsternen Großkapitals war.

Das Zentrum hat durch seine Vertreter im Volkstage zunächst volksfremdlich-demokratische Phrasen gemacht. Der Abg. Kurowski (Zentr.) äußerte zur Regierungserklärung im Volkstage am 16. Dezember 1920 folgendes:

„Wir legen, wenn ich eins von den Gesetzen herausgreifen darf, besonderen Wert darauf, daß so schnell wie möglich das Gesetz über die berufständliche Vertretung in Angriff genommen wird. Das wird bei der weitgehenden Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Regierung in jeder Weise unterstützen werden. Ich für uns so selbstverständlich, daß weitere Worte überflüssig sind.“

In dieselbe Kerbe volksfreundlichen Wohltuns hieb auch mit billigen Worten die Frau Abg. Landmann (Zentrum), welche zur Regierungserklärung am 16. Dezember 1920 sagte:

„Im einzelnen würden wir als erstes wünschen, daß nicht eine reine Ueberleitung nach dem Betriebsrätegesetz käme, sondern daß ein Gesetz käme, in dem wir so schnell wie möglich die Kammer der Arbeit hätten, denn es ist für uns das erste zur Mitarbeit an den vielen Gesetzen — ich glaube, es sind in der Verfassung etwa 36 oder 37 vorgegeben —, daß wir da genügend Einfluß haben. Das Volk ist es, das hier zu reden hat, gerade bei der Gesetzgebung.“

Das waren die Worte des Zentrums. In Wirklichkeit hat das Zentrum nichts getan, um die versprochenen Arbeiterkammergesetze in Danzig durchzuführen. Wie wenig das Danziger Zentrum daran denkt, die Rechte der Arbeitnehmer wahrzunehmen, zeigt sich schon in der obigen Auslassung gegen das Betriebsrätegesetz, dem das Zentrum im Reich seinerzeit zustimmte. Selbst für die Durchführung des versprochenen Gesetzes über die Betriebsauschüsse hat das Zentrum bisher nichts getan. So wurden die Arbeitnehmer von keiner Partei mehr um ihre Rechte betrogen als vom Zentrum.

Wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten in die Versprechungen und die Taten des Bürgerblocks abmühen, dann zeigt sich deutlich, wie wenig sich alle bürgerlichen Parteien um die berechtigten Forderungen der Danziger Arbeitnehmer gekümmert haben. Als Stimmvieh waren sie den Bürgerblockparteien gut genug und sollen auch jetzt wieder dazu genötigt werden. Das darf kein Arbeitnehmer zulassen, wenn auch jetzt wieder die bürgerlichen Parteien, die über Jahre lang nichts für die sozialen Rechte der Arbeiterschaft übrig hatten, mit schönen Versprechungen frechen gehen.

Nur in einem überwindenden

Wahltag der Vereinigten Sozialdemokratie

liegt die Gewähr, daß endlich auch in Danzig die Arbeitnehmer aller Kreise zu ihrem Rechte kommen. Darum auf für den Sieg der

Lippe Geh!!

Sozialdemokratisches Kabinett in Sachsen.

In Sachsen ist am Laufe des gestrigen Tages eine gewisse Entspannung eingetreten, indem es dem sächsischen Landtag möglich war, im Laufe des gestrigen Tages zu einer Sitzung zusammenzutreten. Das Streben der Sozialdemokratie ging dahin, so schnell als möglich von dem Druck des reaktionären Reichskommunars befreit zu werden. Infolgedessen hat sich unsere sächsische Landtagsfraktion bereit erklärt, an der Bildung einer neuen Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage mitzuarbeiten. Nach der sächsischen Verfassung muß der Ministerpräsident vom Landtag gewählt werden. Das ist gestern geschehen, und zwar wurde unter Zustimmung der bürgerlichen Mitte der frühere sächsische Wirtschaftsminister Gen. Jellisch zum Ministerpräsidenten gewählt. Jellisch stellte noch im Laufe des gestrigen Abends die neue Ministerliste zusammen: Innenminister: Siebmann; Finanzminister: Held; Arbeitsminister: Grunze; Justizminister: Ren; Volkshilfsminister: Fleißner; Wirtschaftsminister: noch unbekannt. Das neue Kabinett besteht nur aus Sozialdemokraten.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Vorgängen in Sachsen.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben angesichts der Vorgänge in Sachsen die sozialdemokratischen Reichsminister dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Der Fraktionsvorstand hat

in seiner gestrigen Sitzung die Minister ersucht, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die heute nachmittag um 12 Uhr zusammentritt. Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses über die Frage des Verbleibens der Sozialdemokraten in der Reichsregierung war u. a. der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen abgewartet werden sollte.

Oppositionelle Haltung der Berliner Partei mitgliedhaft.

In einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre wurde laut „Vorwärts“ eine Entschließung angenommen, in der von der Reichstagsfraktion gefordert wird, wegen des Vorgehens der Reichsregierung gegen Sachsen den sofortigen Austritt der sozialistischen Minister aus der großen Koalition zu beschließen. In einer weiteren Entschließung wird von den Partei- und Spitzenorganisationen die planmäßige Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und die sofortige ideologische und organisatorische Vorbereitung des Generalstreiks als wirksamste Waffe gegen die Konterrevolution verlangt. Schließlich wurde gegen eine starke Minderheit ein Antrag angenommen, der nach dem Vorbilde der Funktionäre von Leipzig den sofortigen Ausschuß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei fordert. In dem letzten Beschlusse bemerkt der „Vorwärts“: Solche Beschlüsse tragen nicht dem Umstand Rechnung, daß die Tätigkeit des Staatsoberhauptes in der Stille des Beratungskabinetts vollziehe, so daß ohne genaueste Kenntnis vertraulicher Vorgänge ein zuverlässiges Urteil über sie nicht möglich ist.

Danziger Nachrichten.

Eine kurze Stadtverordnetenitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensammlung leistete rasche Arbeit. In einer halben Stunde war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung aufgearbeitet. Meinungsverschiedenheiten über die zur Beschlussfassung stehenden Vorlagen bestanden nicht im geringsten. Trotzdem kam zeitweise eine gewisse Schärfe in die Debatte, weil die bürgerlichen Fraktionen es nicht unterlassen konnten, etwas Wahlsatirien zu treiben. Bei der nicht öffentlichen Ausschussberatung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten war ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, die leitenden Direktoren der städtischen Werke in Gruppe 13 der Besoldungsordnung aufzuführen zu lassen, glatt abgelehnt worden. Ganz entschieden sprachen sich die bürgerlichen Ausschussmitglieder gegen diese Forderung aus. Um so erstaunter waren die sozialdemokratischen Vertreter in der Stadtverordnetensammlung, als der im Ausschuss abgelehnte sozialdemokratische Antrag in öffentlicher Sitzung von den bürgerlichen Fraktionen erneut gestellt und auch eingehend begründet wurde. Stadt. Gen. Kunze geistelte dies Doppelspiel gehührend. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Ausprägung erledigt. Gegen den Senat wurde der Vorwurf erhoben, daß die Besteuerung der Wechselstuben viel zu spät erfolge.

Nach Eröffnung der Sitzung erfolgte die Wahl des Redaktors Herbert Sellke zum Schiedsmann für den 19. und 14. Stadtdistrikt. In den Amtsrücktrittsausschuss für die Wahl von Schöffen und Geschworenen wurde Fr. Semrau gewählt. Alsdann stand die

Besoldungsordnung für die städtischen Beamten zur Debatte. Stadt. Gen. Braun (Zentr.) beantragte, die Direktoren der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und des Schlachthofes in Gruppe 13 einzureihen. Sein Fraktionsfreund Ewert war damit einverstanden, verlangte aber, daß der Direktor des Elektrizitätswerkes in Gruppe 12 belassen werde, weil durch seine mangelnde Aufsicht seinerzeit die große Kohlenwiederverwertung möglich gewesen sei. Auch der kaufmännische Direktor des Gaswerkes habe eine Höhergruppierung nicht verdient. Stadt. Gastel (D. P.) war mit der Höhergruppierung sämtlicher Direktoren einverstanden. Von dem Stadt. Meinte (Dnall.) wurde die späte Einbringung der Vorlage bemängelt. Er hat um schleunigste Verabschiedung, da die Nachzahlungen im Durchschnitt nur 10 Millionen Reichsmark betragen. Als Vertreter des Senats hat Regierungsrat Grunert, die Vorlage in unveränderter Form anzunehmen. Würde hier eine Höhergruppierung vorgenommen, würden auch andere Personen die gleiche Forderung erheben.

Stadt. Gen. Kunze bezeichnete das Vorgehen der bürgerlichen Parteien als Wahlmanoe. Es seien noch nicht 24 Stunden verflossen, seitdem die gleiche Forderung, von sozialdemokratischer Seite erhoben, im Ausschuss abgelehnt worden sei. Ein Umding wäre es, Beamtenbesoldungsfragen öffentlich zu erledigen. (Zustimmung.) Er machte den Vorschlag, die leitenden Direktoren der städtischen Werke nicht als Beamte, sondern auf Privatvertrag anzustellen, damit diese mehr Bewegungsfreiheit haben. Auf der Höhergruppierung der genannten Personen war Redner einverstanden. Wenn einer Lehrerin an den höheren Schulen die Aufzuchtsmöglichkeit für Gruppe 13 gegeben sei, müsse man das gleiche auch den Leitern der städtischen Werke zubilligen. Er stellte den Antrag, daß auch der Direktor der Sparkasse höher eingruppiert werde. Die bürgerliche Fraktion wollte ihre Wünsche bezüglich der Höhergruppierung dem Senat in einer Entschließung unterbreiten. Stadt. Kunze stellte jedoch einen diesbezüglichen Antrag. Antrag und Entschließung wurden angenommen und dann so die veränderte Senatsvorlage einstimmig beschlossen.

Bekämpfung des wilden Straßenhandels forderte der Senat in einer Vorlage. Gegen die Vorlage selbst wurde kein Widerspruch laut. Stadt. Gen. Kunze bemängelte jedoch das schlechte Deutsch dieses Ortstatutis. Als letzter Punkt der Tagesordnung stand

die Besteuerung der Wechselstuben zur Beschlussfassung. Stadt. Dr. Herrmann bedauerte unter Zustimmung des ganzen Hauses, daß die Vorlage so spät erfolgt sei. Unter den jetzigen Verhältnissen sei damit zu rechnen, daß von den jetzt vorhandenen 400 Wechselstuben etwa 300 verstaatlicht werden. Der Kammerrentenrat hat auch der Meinung gewesen, daß die vom Senat vorgeschlagene Steuer zu gering sei. Der Ausschuss empfahl deshalb eine Erhöhung der Steuer um 50 Prozent und der vorgeschlagenen Strafen von 125 auf 3000 Danziger Gulden. In der Abstimmung wurde die so geänderte Senatsvorlage einstimmig angenommen. Das Haus trat alsdann in die geheime Sitzung ein.

Unangenehme Feststellungen.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Reuteich gab es zum Schluß eine kleine Rauferei. Stadt. Jacobus verlas im Namen der Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft folgende merkwürdige Erklärung:

„Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat Plakate in Reuteich veröffentlicht, in der zu einer Wahlversammlung eingeladen war, und in der die Deutsche Partei als die Partei für Ruhe und Ausbeutung bezeichnet wurde. Diese Plakate sind in Reuteich gedruckt worden, müssen also mit dem Einverständnis des Parteivorstandes der hiesigen Ortsgruppe der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei redigiert worden sein. Wir verwahren uns ganz entschieden und mit Entrüstung dagegen, daß von einer Partei, mit der wir bisher als Blockpartei im hiesigen Stadtparlament zusammengearbeitet haben, derartige vollkommen unzulässige verleumdende Angriffe gegen unsere Partei gemacht werden. Wir würden uns gewarnt haben, die Konsequenzen aus diesen Angriffen zu ziehen, falls uns nicht Genugtuung verschafft wird und bedauern es außerordentlich, wenn dieser Vorfall in seiner Auswirkung es dahin bringen könnte, dem Bürgermeister, den wir gewählt haben und der unser Vertrauen nach wie vor besitzt, den Boden für eine geregelte Arbeit zum Wohle unserer Stadtverwaltung evtl. zu entziehen. Für die Folgen, die daher evtl. entstehen können, lehnen wir eine Verantwortung ab.“

Auf diese sonderbaren Ausführungen erklärte Genosse Niebler als Vorsitzender der SPD. in Reuteich, daß er nicht einsehen könne, was die Volkstagswahlen mit der Gemeindepolitik zu tun haben. Auch wir können uns nicht erklären über diese sonderbare Erklärung nicht zurückziehen. Die der Deutschen Partei die Freinagerung ihrer volkswirtschaftlichen Politik im Reuteich nicht gefällt, ist erklärlich. Es ist aber doch reichlich natürl. sich über die Gemeinde Reuteich mißvernehmliche Umstände in der Volkstagtagung zu vernehmen. Selbst wenn die tatsächlichen Änderungen einer neuen Bürgermeisterfraktion in Reuteich ernst zu nehmen sind, so wird sich die Sozialdemokratie natürlich nicht davon abhalten lassen können, die

politische Stellung jeder Partei ins richtige Licht zu rücken. Diese Aufklärung ist sie vor allen Dingen den Wählern schuldig, damit diese nicht zum zweitenmal auf die bürgerlichen Parteien reinfallen.

Das polnische Ausfuhrverbot für Getreide und Kartoffeln.

Der Versand nach Danzig unbehindert.

Wie bekannt, ist unlängst von der polnischen Regierung ein Ausfuhrverbot für Getreide und Kartoffeln von Polen in das Ausland erlassen worden. Nach dem Warschauer Lebensmittelausschuß zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen bestand kein Zweifel daran, daß es sich bei diesem Verbot nur um das gegenwärtige Polen und der Freien Stadt gemeinsame Ausland handeln konnte. Ein weiterer Erlaß der polnischen Regierung, daß für die Ausfuhrförderung von Getreide und Kartoffeln keine Waggons gestellt werden dürften, ist von einzelnen Stationen in Pommerellen irrtümlich dahin ausgelegt worden, daß damit auch der Verkehr mit Danzig getroffen sei.

Gegenüber derartigen Mißverständnisse ist der Senat bei der diplomatischen Vertretung der Republik Polen vorstellig geworden, die polnische Staatsbahnverwaltung möge eine aufklärende Anweisung ergehen lassen. Das ist auch geschehen. Durch Telegramme sind alle polnischen Stationen unterrichtet worden, daß Danzig im Sinne des polnischen Ausfuhrverbotes kein Ausland ist, und daß der Versand von Polen nach dem Danziger Gebiet erfolgen kann. Die Sendungen aus Polen gehen auch, soweit bekannt, unbehindert ein.

Die Umrechnung der Gulden.

Der Senat hatte bekanntlich für die Umrechnung der Goldmark in Gulden den Wert einer Goldmark auf 1,25 Gulden festgesetzt. Demzufolge sind auch die in Goldmark festgesetzten Löhne nur um 1/4 ihres bisherigen Standes in Gulden erhöht. Die Geschäftsleute sind jedoch fast allgemein dazu übergegangen, für eine Goldmark den Gegenwert von 1,33 Gulden zu fordern. Ein Gulden wird von ihnen also nicht mit 80 Goldpf., sondern nur mit 75 Goldpf. angerechnet. Der Arbeiterschaft könnte diese unterschiedliche Bewertung gleichbleiben, wenn auch die Löhne in dem höheren Verhältnis zur Umrechnung kommen. In dieser Hinsicht wird unverzüglich eine Regelung erfolgen müssen, da bei den geringen Einkommen der Arbeiter diese Differenzen nicht tragbar sind. Der Senat gibt noch folgende Mitteilung heraus:

Nach Einführung der neuen Währung bleibt die richtige Preisbildung ein Hauptproblem im Wirtschaftslieben Danzigs. Von ihr wird es abhängen, ob der Danziger Erwerb konkurrenzfähig bleibt und ob eine wirkungsvolle Bekämpfung der Teuerung möglich ist. Der Senat ist z. B. bemüht, alle beteiligten Kreise in Handel, Industrie, Landwirtschaft und Handwerk zu einem einheitlichen Zusammenwirken in der Bekämpfung der Teuerung zu veranlassen. Bei dem Interesse, das gleichmäßig alle Wirtschaftskreise (?) an einem gesunden und normalen Preismarkt haben, hofft der Senat, daß seine Bestrebungen Erfolg haben werden.

Umgefällt.

Die Volkstagsabgeordnete Frau Boffart hat dem Präsidenten des Volkstages mitgeteilt, daß sie ihr Mandat als deutsche Abgeordnete niederlege, da sie von der Danziger Volkspartei für deutsche Art und Sitte als Kandidatin aufgestellt worden ist. Sie begründet ihren Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei durch die streng völkische Richtung, welche diese Partei auf ihr Banner geschrieben hat und durch die wenig taktvolle Art und Weise, mit der die Deutschnationale Partei gegen diejenigen Mitglieder vorgeht, die nicht rein deutschblütig sind.

Damit hat die Deutschnationale Volkspartei im Laufe dieser Wahlzeit ihren zweiten Austritt von Abgeordneten zu verzeichnen. Auch dieser Austritt ist ein Beweis für ihre schädliche Politik. Die sogar zur Einsicht gekommene Abgeordnete nicht mehr mitmachen wollen. Der Uebertritt dieser Abgeordneten zu der neuen Sittenpartei entbehrt auch nicht eines komischen Beigeichmacks, als diese Partei bekanntlich die politische Betätigung der Frauen beseitigen will, jetzt aber freudig Zuzug aus weiblichen Abgeordnetenkreisen aufnimmt.

Neufestsetzung der Krankenhauskosten.

Die Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus werden mit Wirkung vom 30. Oktober in Gulden berechnet. Sie betragen täglich in der 1. Klasse für Einheimische 12,50 Gulden, für Auswärtige 18,75 Gulden, in der 2. Klasse für Einheimische 7,50 Gulden, für Auswärtige 11,25 Gulden, in der 3. Klasse für einheimische Erwachsene 3,50 Gulden, einheimische Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 3 Gulden, für auswärtige Erwachsene 5 Gulden, auswärtige Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 3 Gulden. Für die von den Berufsgenossenschaften usw. überwiesenen Kranken werden die Kosten für Auswärtige in Rechnung gestellt. Neben den vorstehend aufgeführten Kosten sind für alle Kranken für besonders teure Untersuchungs- und Behandlungsmethoden besondere Gebühren erhoben; selbst für Operationen, und zwar 2,50 bis 12,50 Gulden. Den Direktoren der einzelnen Abteilungen steht das Recht zu, von den einzelnen Kranken der 1. und 2. Klasse noch besondere Honorare zu fordern.

Einheimischen selbstzahlenden Kranken in der zweiten Verpflegungskategorie kann bei einem Einkommen unter 500 Gulden jährlich oder beim Vorhandensein von 4 oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern sowie Kranken in der dritten Klasse bei einem Einkommen unter 1875 Gulden jährlich oder beim Vorhandensein von 4 oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern auf Antrag eine Ermäßigung bis zu 50 v. H. der tarifmäßigen Kurkosten bewährt werden.

Die Feuerwehre als Samartlet. Vorgestern abend 8 Uhr wurde der Arbeiter Jurteich, Breitgasse 35 wohnhaft, bei einer Messerschere mit Oberkessel und an der Hand schwer verletzt. Nach einem Notverband auf der Feuerwache wurde derselbe ins Krankenhaus geschafft. Abends gegen 11 Uhr wurde der Zugwachmstr. Ding bei einer großen Schieberei in Wein und Pond geschossen. Er erhielt von der Feuerwehre einen Notverband. Morgens 1/2 Uhr erhielt bei einer Schieberei in der Patergasse der Arbeiter Adolf Panzig einen Beckenschuß. Nach einem Notverband auf der Feuerwehre wurde P. wieder entlassen.

An unsere Postabonnenten!

Der heutigen Nummer liegen Zahlkarten bei, um die Nachzahlungen für die Monate Oktober und November bewirken zu können. Diese betragen für jeden Monat 1 Gulden, zusammen also 2 Gulden. Wir bitten unsere Leser, die Nachzahlungen recht bald zu erledigen. Der Verlag.

Die Teuerungszahl nach Gulden.

Die für Montag, den 29. Oktober, zum ersten Male in Danziger Gulden errechnete Teuerungszahl ist 111,11. Die Teuerungszahl der Vorwoche 88,71 Goldmark oder bei einem Wertverhältnis der Goldmark zum Gulden von 125 : 100 108,89 Danziger Gulden betragen hat, ist eine Verminderung um 27 v. H. zu verzeichnen. Der Preisrückgang soll nach den Angaben des statistischen Amtes u. a. bei Kohlen, Fleisch, Kartoffeln, Getreide und verschiedenen Nahrungsmitteln eingetreten sein. Bezüglich der Preise für Gemüse, Dörrobst und Sauer. Die neuen Preise für Gas, Wasser und Elektrizität sind in der Teuerungszahl schon berücksichtigt.

Künftighin werden die Teuerungszahlen nur noch in Abständen von vierzehn Tagen berechnet werden. Das statistische Amt weist nunmehr ausdrücklich darauf hin, daß die Teuerungszahl nur als Maßstab für die Ermittlung der Kosten der Lebenshaltung, nicht aber als Vergleichswert zu verwerthen ist.

Kenderungen im Eisenbahnservice.

Auf der Strecke Danzig - Langfuhr - Boppo fallen mit dem 1. November folgende Abg. aus: Ab Danzig Hauptbahnhof: 7.50, 8.48, 9.30, 10.30, 11.50 morgens; 1.30, 4.05, 5.00, 5.50, 6.40, 11.50 Uhr; ab Boppo: 12.30, 10.00, 11.10, 12.30 Uhr morgens; 10.20 Uhr abends; ab Langfuhr: 8.18, 9.43 Uhr morgens; 1.43, 4.33, 5.33, 6.33 Uhr nachmittags. Auf der Strecke Danzig-Neufahrwasser fallen fort: Ab Danzig: 2.40, 5.43, 6.43 Uhr nachmittags; ab Neufahrwasser 6.10, 4.15, 7.15 Uhr nachmittags. Auf der gleichen Strecke sind einige Abg. verlegt worden; sie fahren 2.30, 8.30 und 4.20 Uhr nachmittags von Danzig ab und verlassen Neufahrwasser 3.10, 4.10 und 5.10 Uhr nachmittags. Auf der Route Danzig-Prand fällt das Zugpaar ab Danzig 8.27 Uhr morgens und ab Prand 9.23 Uhr morgens fort. Auch im Fernverkehr treten am gleichen Tage einige Kenderungen des Fahrplans ein.

Die neuen Preise für Gas usw.

Der Senat gibt in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser bekannt, die vom 1. November d. J. ab in der neuen Danziger Währungsform zur Erhebung kommen. Die Preise ergeben sich durch Umrechnung der bisher gültigen auf Guldenpreisen.

Der Senat ist den von uns getrennt kritisierten Beschlüssen der bürgerlichen Stadtverordneten, für Gas 25 Guldenpreisen zu erheben, nicht beigetreten. Es kommen nur 23 Guldenpreisen in Anrechnung.

Die Generalstreik-Agitation der Kommunisten kann als vollkommen mißlungen bezeichnet werden. Stellenweise wurde getrennt versucht, die Arbeiter gewaltlos von den Arbeitsplätzen wegzuziehen, doch hatten die Kommunisten nur vorübergehend auf der Sperrlinie Erfolg. Auch von der Eisenbahnhauptwerkstatt mußten sie unverrichteter Sache wieder abziehen. Teilweise war schon zum Spätk der Betriebe aufgehoben, doch kam es zu keinen nennenswerten Kollisionen.

Störungen im Elektrizitätswerk. Gestern gegen 10 Uhr abends trat eine Störung in der Stromversorgung ein, die wir erfahren, war die Ursache ein Kurzschluss in der Hochspannung eines Transformators, welcher letzterer dadurch zum Stillstand kam. Da nunmehr die Batterie der gesamte Stromlieferung übernehmen mußte, wurde sie überlastet, infolgedessen konnten die daran angeschlossenen Anlagen nicht mehr zur Arbeit kommen, so daß die Danziger Eisenbahn zurückerückte. Eine Unterbrechung aus der Stromleitung konnte nicht stattfinden, weil die Überlandzentrale in den Abendstunden gerade nur sich selbst versorgen kann. Bei dem Versuch der Umstellung um etwa 7 Uhr kam es kurzgefaßten zu einer neuen kurzen Unterbrechung, die aber sofort wieder behoben wurde. Die Gleichstromversorgung der Stadt war in ganzen etwa 20 Minuten, die Drehstromversorgung etwa 10 Minuten unterbrochen.

Bermittelt wird seit dem 26. d. Mts. die am 7. Mai 1916 in Danzig geborene Verkäuferin Maria Gumbert, Heiner-Rittgasse 11 wohnhaft gewesen. Dem Besonderen nach ist sie am fraglichen Tage im Friedrich-Wilhelm-Straßenpark um ungefähr 3 Uhr nachts gesehen worden und hat nach dem einen Taxameter zur Fahrt nach Danzig benutzt, wobei sie aber nicht angelangt ist; es fehlt von diesem Zeitpunkt ab von ihr jede Spur. Da die Bermittler nach Kenntnisnahme bisher einen ordentlichen Lebenswandel geführt hat, wird vermutet, daß sie verunglückt oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die W. G. ist etwa 1,70 Meter groß, schlank, dunkelblond; sie war bekleidet mit blauem karierten Kostüm, neuen schwarzen Spangenschuhen, trag eine orangefarbene Sammetkappe. Wesentliches Merkmal war ein goldener Solitärperlfingerring, Abt. 10, Hammer 76.

Als Leiche aufgefunden wurde vorgestern nachmittags in der Kadavere in Altkathland der seit dem 16. Oktober vermisste Lokomotivheizer Rudolf Plegier, Danzig, Grenadiergasse 8-9. Alle Angehörigen deuten auf einen Unfalltod hin.

Danziger Standesamt vom 11. Oktober 1923.

Todesfälle. Sohn des Schuhmachers Johann Peters, 7 J. 8 M. - Lokomotivheizer Rudolf Plegier, 24 J. 10 M. - Sohn des Fleischer Friedrich Kretz, 16 J. 5 M. - Sohn des Arbeiters Friedrich Kretz, 2 J. 5 M. - Schrägheber Otto Faust, 19 J. 4 M.

Ämliche Börsennotierungen.

Danzig, 29. 10.

1 Dollar: 5,53 Danziger Gulden.
1 englisches Pfund 25 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 3,30 Danziger Gulden.
Engl. Pfund: 450 Milliarden Papiermark.

Berlin, 27. 10.

1 Dollar 65 Milliarden, 1 Pfund 290 Milliarden Mk.
Danziger Getreidepreise vom 29. Oktober. (Ämlich.)
Weizen 1,30-1,35 Dollar, Roggen 0,725-0,75 Dollar, Gerste 1,10-1,05 Dollar, Hafer 1,10-1,05 Dollar.

Warum geht es nicht vorwärts?

Die Wohnungsnot und das Wohnungsdefizit sind endlich...

Wer die aller höchsten höflichen Botschaften, sei es...

Wer in schönen Zimmern lebt, kann sich nicht entfernt...

Immer heißt es: Zum Bauen fehlt das Geld, die Ziegel...

Der Fiskus muß auf die wenig bemittelten Bauherren...

Wir sind ein humanes Volk. Wir legen und pflegen in...

der Name am 18. November für die Sozialdemokratie.

Die Preise für Schlachtvieh

wurden gestern auf dem Viehmarkt im Schlachthof amtlich...

Die amtlichen Preise verstehen sich für 50 Kilo in Gold...

Der Viehtrieb beginnt vom 21. bis 31. Oktober.

Moj

„Ja,“ sah Moj ganz leise zurück. „Ich hab's ihm auch...

Die Forderungen der Fiskal. Die Fiskal in Grenz...

Junferader. Niedergebrannt ist am Donnerstag...

Aus dem Ofen.

Elbina. Eine ganze Wohnung ausgeräumt wurde...

Elbina. Billiges Fleisch. Eine Sterke im Gewicht...

Grüßberg. Goldmarkpreise im Eisenbahnverkehr...

Pr. Ostland. Der Kampf um Goldlöcher. Das Kartell...

Jahresburg. Um der drohenden Not zu begegnen...

München. Ein Hilfswerk. Die führenden Firmen...

Aus aller Welt.

Währungsmitteilung. In der vergangenen Nacht kam...

Drei Einbrecher zum Tode verurteilt. Ein Feuer...

Verfammlungs-Anzeiger

Bereit Arbeiter-Jugend Danzig. Heute abend 7 Uhr...

D. M. S. Stempner, Juchallantenre. Mittwoch, 31. Oktober...

Sattler, Tapezierer- und Portefeinher-Verband. Am Mittwoch...

Jungsozialisten-Gruppe. Donnerstag, den 1. November...

B. S. D. 2. Bezirk, Refusfahrwasser. Donnerstag, den 1...

D. M. S. Seizungsbranche. Freitag, 2. Nov., 5 1/2 Uhr...

finden mit dem Epitheton „Puppchen“, wurde bei Guben...

Ein besagter Ballon in der Altmark geplatzt. Am Sonntag...

Vom Juchthändler zum Verbrecher wurde scharf beleuchtet...

Verwendung alter Paläste in Sowjetrußland. Die prachtvollen...

Verfammlungs-Anzeiger. Tageszeiten für den Verfammlungsansteller werden nur bis 9 Uhr...

moße sie wie eine Maus nicht aus der Deduna. Hinüber...

„Oben geleitet Peter sie über den langen Fluß mit dem...

„Kleine Moj.“ hat er gesagt, obwohl sie doch so ein...

„Du bist er. Er ist es auch. Willst du mich so belächeln...

ausdrücklich gestammelte Worte, Worte, ganz klein, ganz kurz...

„Er lächelt und er küßt sie, immer noch in seiner ruhigen...

„Komm, kleine Moj, wir müssen ja vernünftig bleiben.“

„Schritte drängen drängen auf dem Fluß. Da liek sie ihn...

Die Wirtschaftskrise in Deutschland.

Die Lage der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen zusehends verschlechtert. Die Preise zahlreicher Waren sind über dem Weltmarktpreis angelangt. Der Absatz ins Ausland ist ins Stocken gekommen. Auf den heimischen Märkten hat die Umstellung der Wirtschaft auf Weltrechnung die Kaufkraft der breiten Masse, deren Arbeitseinkünfte noch nicht auf der Goldbasis beruht, unter die Grenzen des Existenzminimums herabgedrückt. Eine schwere Absatzkrise ist die Folge. Deutschland macht gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durch, wie sie seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht erlebt wurde.

Die Lage der deutschen Industrie zeigt sich vor allem an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Bei 970 Betrieben, die an das Reichsarbeitsblatt über ihre Wirtschaftslage regelmäßig berichten, wurde der Tätigkeitsgrad im August für 18 v. H., im September für 12 v. H. als gut gekennzeichnet, für 33 v. H. im August und nur für 17 v. H. im September als genügend; schlechter Geschäftsgang wurde für Betriebe angegeben, die im Berichtsmonat 71 v. H. gegen den Vormonat 49 v. H. der Arbeiter und Angestellten beschäftigten. Über die insgesamte Verhältnisse vorliegen.

Besonders trostlos ist die Lage in der Elektrizitätswirtschaft. Dort konnten nur noch 8 v. H. der Arbeiterkraft in gut beschäftigten, 9 v. H. in befriedigend beschäftigten Betrieben arbeiten, während die entsprechenden Zahlen aus dem Monat August 14 v. H. bzw. 72 v. H. lauteten. Der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeitskräfte betrug in diesen Gewerben 88 v. H. im September gegen nur 14 v. H. im Vormonat.

Im Maschinenbau gewerbe liegt der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 68 auf 70 v. H., während nur noch 7 v. H. gegen 10 v. H. im August als gut beschäftigt bezeichnet werden. In der Eisen- und Metallindustrie liegt der Anteil der Unternehmungen mit schlechtem Geschäftsgang von 58 v. H. im August auf 77 v. H. im September. Gut beschäftigt waren nur noch 8 v. H. der Betriebe gegen 16 v. H. im Vormonat und befriedigend beschäftigt 15 v. H. an Stelle von 26 v. H. im August.

Auch in der Textilindustrie ist die Lage katastrophal. Das Warenpreisniveau hat in den meisten Artikeln den Weltmarktpreis überstiegen, so daß ausländische Textilwaren zum Teil billiger als deutsche Erzeugnisse angeboten werden konnten. Die Käufer von Textilwaren haben sich daher vornehmlich mit ausländischer Ware eingedeckt. Auf dem Baumarkt konnten die erforderlichen Summen für die Durchführung und Beendigung der Bauarbeiten kaum in einem Falle noch aufgebracht werden. Neue Bauten sind fast nirgends in Angriff genommen worden. Die private Bautätigkeit beschränkte sich auf die Fertigstellung begonnener Bauten.

Besonders kennzeichnend für die Bedeutung, die die Verschlechterung der Kaufkraft der breiten Masse für die Wirtschaftskrise hatte, ist die Lage der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe ist völlig ungenügend beschäftigt. Im Tabakgewerbe sind Einschränkungen der Betriebe (Feierschichten, Stilllegungen, Entlassungen bis zu 50, 80 und mehr Prozent der Arbeiterkraft) an der Tagesordnung. Im gesamten graphischen Gewerbe und in den verwandten Gewerben (Schriftgießereien, Buchbindereien usw.) nimmt die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades ihren ununterbrochenen Fortgang (Sterben der Zeitungen, trostlose Lage der Anzeigen- und Verlagsvertriebe, da Bücher, Zeitschriften, Drucksachen, Propagandaschriften usw. zu den „Surplusartikeln“ zählen, recht ungünstige Verhältnisse in den chemisch-graphischen Anstalten, Steinverleger usw.).

Deutschland hat in den letzten Jahren an seine Gläubiger stets mehr bezahlt, als es seinerseits von seinen Schuldner eingekommen hat, und es ist hierbei mehr und mehr verarmt. Die Abnahme der Kaufkraft seiner Bevölkerung ist das äußere sichtbare Zeichen dieser Verarmung. Nur die Aktivierung der Handelsbilanz kann die Rettung aus diesem Elend bringen: Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr. Hierzu bedarf es jedoch einer radikalen Umstellung der Wirtschaft.

Das Vorgehen gegen die Kartellwirtschaft. Der geschäftsführende Ausschuss der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat in einer Sitzung an den angeforderten Maßnahmen gegen die Kartellwirtschaft Stellung genommen. Er befürwortet durch die Vernichtung des „industriellen Mittelstandes“, den Stillstand vieler Betriebe und schlimme Folgen für die in ihnen tätigen Arbeiter. Ein geschicktes Verbot der Kartelle kommt nach seiner Meinung einer „einseitigen Aufhebung des durch die Verfassung gewährleisteten Koalitionsrechtes“ gleich und „verwaltungsmaßige oder richterliche Eingriffe müßten das wirtschaftliche Vertragsleben

zerrütten“. Deshalb dürften Antitrustmaßnahmen der Regierung nur auf den „festen Grundlagen des materiellen Rechtes aufgebaut“ werden. Als weiche Salbe empfiehlt der Ausschuss ein „Zusammenwirken der Regierung mit Institutionen der Selbstverwaltung“, wobei die Regierung im allgemeinen über die Aufstellung von Richtlinien für die Bekämpfung der Kartellwirtschaft, sowie die Überwachung ihrer Befolgung nicht hinausgehen“ darf. Mit anderen Worten: die Regierung mag ruhig Richtlinien aufstellen, wenn sie den Kartellen nur nicht auf die Finger sieht und ins Gesicht fucht. Dabei haben gerade Arbeitgeber des öfteren in den letzten Monaten die Gefahren der Verdrückung und der Preismonopole, die eine der größten Ursachen der gegenwärtigen Krise in Deutschland sind, aufgezeigt. Deshalb ist der Eingriff in das Kartellgeschäft deutschen Wirtschaftslebens nur geboten, wenn dieser auch einmal nicht den Grundlagern des materiellen Rechtes entspricht.

Die Lage der Lodger Textilindustrie ist nach polnischen Preisfestsetzungen wesentlich günstiger geworden, was auf die Kreditgewährung durch den polnischen Staat zurückzuführen ist. Der Staat will dadurch größere Arbeitslosigkeit in Lodz aus dem öffentlichen Interesse vermeiden. Verschiedene polnische Blätter wenden sich gegen die Profite, die die Lodger Industriellen so auf Kosten der Steuerzahler machen können und prophezeien, daß diese Konjunktur in dem Augenblick umschlägt, in dem die polnischen Finanzen Überschüsse an die Industriellen in dieser Form nicht mehr aufbringen, weil die Unternehmer dann doch rückwärts zu den Betrieben flüchten und die festigen Gewinne nicht für die Fortführung der Arbeit verwenden würden — genau wie die Ruhrindustriellen in Deutschland. Ein weiterer Grund für die günstige Konjunktur in Lodz liegt natürlich in der derzeitigen Ausweitung des deutschen Exports infolge der überhöhten deutschen Preise, in die durchweg hohe Aufschlagsummen gegen die Währungsfluktuationen einfließen.

Frankreichs „Nationalpetroleum“. Der dem französischen Parlament jetzt zur Entscheidung vorliegende Entwurf über Erzeugung, Verwertung und Einfuhr des Oels und der Oelprodukte ist recht bezeichnend für die politischen und sozialen Verhältnisse im gegenwärtigen Frankreich. Die Grundlage für die Regelung bildet die Angst vor dem Kriege bzw. die Möglichkeit eines neuen Krieges, wobei die Oelfrage eine entscheidende Rolle spielen dürfte. Deshalb müssen im Lande große Vorräte aufgestapelt werden und die Einfuhr soll mittels eigener Tanks erfolgen (nationale Tankflotte). Für die Erzeugung der Tanks soll eine zehnprozentige Steuer von den eingeführten Oelprodukten erhoben werden, sowohl von Roh- wie auch von raffiniertem Oel. Ferner soll eine neue Gattung von Petroleum, das sogenannte „Nationalpetroleum“, geschaffen werden, und das eingeführte Oel muß bis zu 10 Proz. der Einfuhrmengen mit Alkohol vermischt werden. Diese geistreiche Verjüngung dient gleichzeitig verschiedenen Zwecken. Durch sie sollen die Vorräte vergrößert werden, der Staat soll den von den Landwirten zusammengekauften Alkohol, den er jetzt nicht abgeben kann, loswerden, und außerdem sollen dem Alkoholkapital neue Verwertungsmöglichkeiten geboten werden. Da diese „nationale Flüssigkeit“ nach dem Urteil Sachverständiger ganz minderwertig sein dürfte, so dürften die Produkte des inländischen Kartells einen großen Vorzug vor den eingeführten genießen. Die Verbraucher des Petroleum, die großen Massen, werden die Kosten, sowohl der Steuer wie des Geschenks an das Kartell bezahlen und werden obendrein noch schlechtes Petroleum haben.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Eine gemeinsame Konferenz des aus Vertretern der angeführten Länder bestehenden Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit Vertretern der Internationalen Berufssekretariate findet am 9. November in Amsterdam statt, um über eine bessere organisatorische Verbindung zwischen IGB und Berufssekretariaten zu beraten. Die Ereignisse der letzten Zeit, besonders die Beschlüsse der Berliner Transportarbeiterkonferenz und des internationalen Lebensmittelarbeiterkongresses in Brüssel gaben der in den ersten Oktobertagen in Brüssel tagenden Sitzung des Bureau des IGB Veranlassung, diese in Rom beschlossene Konferenz jetzt zusammenzubringen, um einheitliche Richtlinien zu schaffen und ein übereinstimmendes Körpergeschehen herbeizuführen, die auf dem Boden von Amsterdam stehen.

Finmen Sekretär der Seelente. Genosse Finmen, der am 1. November seine Stelle als Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes niederlegt, ist zum internationalen Sekretär der Seelente gewählt worden und wird daher, als Generalsekretär der IGB, und als internationaler Sekretär

der Seelente, wenn auch an einer anderen Stelle, seine Tätigkeit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung fortsetzen.

Betriebsstilllegung der A. E. O. Die A. E. O. hat eine ihrer größten Anlagen, das Stabellwert Oberwerk in Obersiebenbrunn, geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Die Verwaltungsbeamten und kaufmännischen Angestellten werden weiter beschäftigt. Das Vorgehen der Direktion ist damit begründet, daß die Kommissionen während der Arbeitszeit eine Versammlung abhielten, in der Drohungen gegen die Leitung des Unternehmens ausgesprochen wurden, weil es dem Werke nicht möglich war, infolge der Geldknappheit sämtliche Lohngehälter auszusahlen.

Schaffung von Industrieverbänden in Norwegen. In Norwegen geht man jetzt dazu über, die Gewerkschaften zu Industrieverbänden zusammenzuliegen. So soll der Holzarbeiterverband aufgelöst und der Bauarbeiterverband angegeschlossen werden. Die Organisationen, die zu den Verbänden der anderen Industrien gehören, sollen aber nicht werden, wenn ein vollständig organisationsmäßiger und geordneter Uebertritt zu dem betreffenden Industrieverband geschehen kann. Die in Holzwarenfabriken arbeitenden Mitarbeiter haben beschlossen, daß für alle Betriebe, wo Türen, Fenster, Treppen, Wandverkleidungen, Läden, und Wandabstättungen angefertigt, sowie beim Bau vorkommende Ausstattungs- und Einrichtungsarbeiten ausgeführt werden, außerdem für Betriebe, die fabrikmäßig ganz oder teilweise Käufer herstellen, der Bauarbeiterverband ausständig sein soll. Der Holzarbeiterverband hat von seinen reichlich 3700 Mitgliedern 2644 an den Bauarbeiterverband abzutreten, der Arbeitermännerverband von seinen 18000 Mitgliedern 1956, der Arbeiterverband 1085, also fast seinen ganzen Mitgliederbestand, und der Eisen- und Metallarbeiterverband von seinen 13000 Mitgliedern 578. Alle Arbeiter, die in Betrieben der Metallindustrie beschäftigt sind, werden bei der Organisationsumstellung ausnahmslos in Eisen- und Metallarbeiterverbände aufgehen. Im ähnlicher Weise denkt man auch bei der elektrochemischen und der chemisch-technischen Industrie zu verfahren.

Bemischtes.

Hohe Goldpreise im Buchhandel. Die übersteigende Marktentwertung hat die bisherige Schlüsselzahl im Buchhandel als untauglich gezeigt, da diese bis zu ihrer Veröffentlichung schon wieder überholt war. Der Vorstand des Buchvereins der Deutschen Buchhändler hat daher eine Vereinfachung des Systems vorgenommen. Er veröffentlicht eine Tabelle, aus der die jeweils anzuwendende Schlüsselzahl an den Goldkurs anlehnt, jederzeit abgelesen ist. Die Schlüsselzahl wird mittig künftig nicht mehr von Fall zu Fall veröffentlicht, sondern ist von jedem Buchhändler täglich selbstständig an Hand der Tabelle unter Berücksichtigung des amtlichen Berliner Dollar-Briefkurses vom Vortage zu ermitteln.

Petersburgs Wiederaufbau. Um dem Verfall der ehemaligen Hauptstadt Petersburg zu steuern, hat die Sowjetregierung eine besondere Kommission zur Prüfung der vom Stadtkomitee vorgelegten Wiederaufbaupläne eingesetzt. Diese Kommission hat nun der Stadtverwaltung von Petersburg im Laufe von fünf Jahren mit einer bedeutenden Unterstützung in Form einer Anleihe die Möglichkeit zum Wiederaufbau zu geben. Petersburg soll 50 Millionen Goldrubel erhalten, dafür sollen 50 neue Wohnhäuser erbaut, 150 Häuser renoviert und die Brücken sowie die Parakation in Ordnung gebracht werden. Die beim russischen Museum bestehende Abteilung für Wiederherstellung verfallener Kunstdenkmäler hat im verflochtenen Jahr 300 dem Museum gehörige altrussische Malereien restauriert.

Christus im Markenbild. Aus Anlaß des 900-jährigen Jubiläums der von Papst Gregor XV. im Jahre 1623 in Rom gegründeten „Congregatio de propaganda fide“, der Gesellschaft zur Verbreitung des Katholizismus unter den Heiden, wird die italienische Postverwaltung demnächst einen Satz Gebrauchsmarken herausgeben. Sie beanspruchen schon aus dem Grunde besondere Beachtung, weil hier zum ersten Male Christus im Markenbild erscheint. Die vier Werte haben alle dasselbe Bild, den Heiland, umgeben von seinen Jüngern.

Das Strafen der Kinder.

Von Frieda Rudolph-Staubitz.

Nichts ruft so oft Streit in unserm Familienleben hervor, als die Erziehung unserer Kinder. Nichts löst Vater und Mutter so aneinander geraten, als die Lösung dieser Fragen. Ganz selten, aber wirklich ganz selten verstehen sich die Eltern so weit, daß sie bei der Erziehung ihrer Kinder Hand in Hand gehen. In unseren Arbeiterfamilien ist ja leider kaum Zeit, kaum Gelegenheit sich eingehend mit der Wissenschaft der Erziehung zu beschäftigen. Da kommt in erster Linie der Broterwerb, in zweiter Linie äußerer Sparsamkeit, verknüpft mit engen, oft ungenügenden Wohnungen. Das drängt die eigentlichen Hauptfragen in den Hintergrund. Wo hat je eine Frau des Volkes Gelegenheit gehabt, sich auf den schwierigen Beruf als Hausfrau und Mutter vorzubereiten? Das sollte zu jedem weiblichen Wesen im Handgelenk haben. Wenn erst Kinder da sind, findet sich alles von selbst. So lautet das spießbürgerliche Urteil.

„Alles geht gut und friedlich, bis die Kinder da sind. Kinder bringen Streit. Mit den Kindern fängt die Sorge an.“ Das sind Worte, die mir fast jede Volksmutter bekümmert wird, die ich zu ungezählten Malen hören konnte und die uns die Notwendigkeit der beruflichen Vorbildung klar machen.

Es steht den Eltern gegenüber eine junge Welt auf, die schon ihre Gedanken, die schon ihren Willen für sich bedeutet und die einer gerechten und ersten Würdigung bedarf. Falsch ist die Meinung, jede eigene Idee im Kinde muß erstickt werden und nur der unbedingte Gehorsam ist zu verlangen. Ebenso falsch ist es, das Kind in allen seinen Regungen ungehemmt sich entfalten zu lassen und seinen Wert auf Gehorsam zu legen. Wir halten Unkraut und Blumen auseinander. Wir müssen wissen, was gute und schlechte Veranlagung ist in unseren Kindern. Wir müssen das Schlechte im Keim zu erstickten und das Gute zur Entfaltung zu bringen suchen.

Nun läßt sich aber die junge Welt nicht so ohne weiteres auf unsere Erziehungsabsichten ein. Draußen auf der Straße spielen ist ihr lieber, als kleinen Pflichten nachzukommen. Da entfährt gewöhnlich die erste Reibung. Der Vater sagt: „Der Hof ist sauber gelehrt bis ich von der Arbeit heimkomme.“

Die Kinder vergessen das, und die Mutter muß mahnen wie oft nur, bis kurz bevor der Vater kommt, die Gefahr droht. Da für sie an die Arbeit, machen alles nur halb und schamdeln in den Gedanken. Nun kommt der Vater, müde vom Schichtdienst, abgelaufen. Er sieht die unordentliche Erfüllung der Pflicht. Er als

Arbeiter weiß, was es bedeutet, saubere und einwandfreie Arbeit zu liefern. Er fühlt als Mann die Vernachlässigung und wird müde, packt den Uebelthäter und schlägt wieder nach Mannesart drei drein.

Die Mutter hingegen empfindet die Bestrafung der Kinder sozuzagen am eigenen Leibe. Ihr ist das Herz weh bei dem verber Schlag und dem jämmerlichen Schrei. Sie springt dazwischen. „Es sind doch Kinder.“ Und darauf gibt es im Weissen der Kinder eine harte und höfliche Auseinandersetzung. Der Feierabend, der die schönste Stunde der Familie sein soll, denn er veranlaßt sie doch nur dieses eine Mal im Tag, ist hin und die Stimmung ungemüht, verdrießlich.

Dieser Fall ist typisch und kommt, man darf es ruhig sagen, fast täglich, natürlich immer in anderen Variationen vor. Was ist nun falsch daran? Die Mutter fragt: „So schlägt man nicht drauf.“ Der Vater sagt: „Sie haben zu tun, was ich sage.“ Wer hat nun recht? Beide?

Stellen wir unseren Kindern eine Aufgabe, so ist in allererster Linie zu prüfen: ist diese Aufgabe der kindlichen Kraft gemessen? Denn das wird sehr häufig vergessen, daß ein Kind nicht soviel zu leisten vermag wie ein Erwachsener. Oft stehen unsere acht- und neunjährigen Mädchen schon am Spülkübel und verzweifeln über die großen Töpfe, das endlose Geschütz der sechsstöckigen Familie. Das ist ein Lindt. Ein achtfähriges Kind kann unmöglich diese Arbeit mit Freude bewältigen. Es muß unglücklich darüber werden und das ist das schlimmste Gift: freudlose Arbeit. Mithelfen, ja recht fleißig abzurufen, wegzuräumen, aufzuhören, daß die Mutter gleich pöben kann, abzuhandeln, alles in Gegenwart der Mutter mit der Mutter zusammen und unter fröhlichem Klauen. Das gibt dann freudige Arbeit. Nach und nach wachsen dann unsere Kleinen hinein und die Zeit kommt, da sie es auch allein vermögen.

Also ist die Arbeit der kindlichen Kraft angemessen? Wenn ja, dann aber muß gefolgt werden. Der Hof war nicht allzu schwer zu lehren, zumal drei Kinder sich in die Arbeit teilten. Dann war es zunächst falsch von der Mutter, immer wieder zu mahnen. Das wissen unsere Mütter auch nicht, daß alle große Güte ebenso schädlich für unsere Kinder ist, wie alle große Strenge. Aber immer gibt die Mutter nach. Warum holt sie ihre Kinder nicht ganz ruhig und fast bestimmt: jetzt wird der Hof gelehrt. Da müssen sich die Kinder fügen lernen. Und die Hauptfrage ist: freudig oder nicht? Das wird eine liebende Mutter fertig bringen. Dann aber auch: es wird sauber und ordentlich gearbeitet. Da wirkt schon das gute Beispiel. Wenn dann der Vater heimkommt, wird kaum und gemüht.

Die ist es nun aber mit dem Drausschlagen. Leider geht ja das Erziehen nicht gerade immer ohne Schläge ab. Es ist bei manchen Kindern, als marieren sie darauf, von Zeit zu Zeit mit uns zusammenzuwippen. Dann aber muß die Strafe der kindlichen Kraft angemessen sein und die Schläge dürfen nicht darüber sein, als sie der kindliche Körper ertragen kann. Hier liegt der Fehler fast aller Väter. Erstens schlagen sie im Horn und dann viel zu hart. Am besten ist es, wenn man ohne Schläge auskommt. Allzu große Nachsicht der Mutter und allzu große Strenge des Vaters müssen sich ausgleichen und zusammenkommen. Niemals aber dürfen die Kinder erleben, daß die Mutter Partei ergreift gegen den Vater. Das erschüttert das kindliche Vertrauen tiefer, als wir Eltern ahnen.

Die Erziehung ist ein Studium, das ernst genommen sein will. Sie gibt die Grundlage für den sozialen Menschen. Sie macht sein Glück oder sein Unglück aus. Wenn wir Eltern mit ernstem Willen, auch hier Hand in Hand zu arbeiten, es wird ein Segen von unermesslichem Wert werden.

Eine Begegnung.

Von M. v. Ebner-Eschenbach.

Der Hochmut ging eines schönen Tages spazieren. Er trug eine Krone von Seifenblasen auf dem Haupte und sie schillerten dünn und prächtig im Sonnenchein. In seinem purpurfarbigen Gewand gingen zahllose vergebene Glaskugeln. Die Pfadfinder hatte er in Schube mit ungeheuren Haken gehakt und sorgte auf ihnen in majestätischer Weise wie ein hölzerner König in der Puppenkomödie. Sein breites Gesicht strahlte von Selbstzufriedenheit; seine roten, fingerbilden Lippen waren verächtlich verzogen; aus halbdunklen Höhlen schaute er nun sich, als ob nichts da wäre der Mühe wert, ihm einen ganzen Blick zu gönnen. Da kam ein Wesen ihm entgegen, bei dessen Erscheinen er zuckte. Ein Wesen von schädem Aussehen, beschweben sein Gang, seine Haltung, seine Gebärde, schon sein Ansehen, auf dem ein edler Geist und tiefinnerlicher Frieden lag waltete. „Setze mir aus!“ rief der Hochmut ihm zu. „Gern“, erwiderte der andere lächelnd und gab Raum. Dennoch schloß der Hochmut sich verlegt. „Du schmeißt! Wie darfst du es wagen zu schelten in meiner Gegenwart?“ schauerte er und marsch sch wühlend auf den Bescheidigen. Dieser wehrte ihm nicht ab, regte sich nicht einmal, hand nur ruhig und fest. Der Hochmut aber stürzte zur Erde und all seine Seifenblasen zerplatzten und all seine Glaskugeln lagen in Scherben — er war an das Erdreich ange-

Jewelowski-Werke * Aktiengesellschaft

Holz-Import - Holz-Export

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE NR. 98
Telephon: 3870, 5490-5495 : Telegramm-Adresse: Dapoholz

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischofswerder), Wierzuchin (Lindenbusch), Osie (Osche), Saueremühle

Schnittholz aus bester polnischer Kiefer exportiert

nach Deutschland, England, Holland, Frankreich, Belgien

Hurtownia Drzewa „Wisla“

Towarzystwo Akcyjne

Hauptbüro: Danzig, Rennerstiftsgasse 11
Fernsprecher Nr. 176, 392, 438, 3376 Telegramm-Adresse: „HADEWU“

Dampfsägewerke:

Bydgoszcz (Bromberg), Kapuscisko (Hohenholm bei Bromberg), Toruń (Thora) und Nowawies wielka (Groß-Neudorf, Bezirk Bromberg)

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metallhandelsgefellschaft

Zentrale: DANZIG, Brochtkischer Weg 18 : Fernsprecher: 2039 u. 3449 m. b. H. Filiale: KATTOWITZ, Querstraße 2 : Fernsprecher: 488, 489, 490

Telegramm-Adresse: „DAKEM“

Altisen u. Almetalle, Stab- u. Formeisen, Bleche, Voll- u. Feldbahnmaterialien, Rohisen, Ferrolegierungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen zum Ver-
gebrauch

Kabelfabrik

Mechanische
Draht- und Hanfsellerei G. m. b. H.
DANZIG, LANGGARTEN 109

DRAHTSEILE

Hanfseile = Bindfaden = Eisennetze

Danziger Motoren-Werke

Inhaber: Rudolf Brörmann
Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 71 c
Telefon 4634

Automobil-Reparaturen : Kleinmotorschneiderei

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(D) Danziger Fernverkehr

Danzig-Simonsdorf-Tiegenhof und zurück

635	100	400	711	ab	Danzig	an	900	311	950	1150
710	200	500	821	an	Dirschau	ab	700	100	850	1050
810	300	600	931	ab	"	an	700	100	810	1010
935	300	600	1031	an	Simonsdorf	ab	710	110	820	1010
935	300	600	931	ab	"	an	700	110	810	1020
935	400	600	931	an	Neuteich	ab	650	120	540	930
935	400	700	931	an	Tiegenhof	ab	600	120	500	920

Baltic Trading Company Ltd.

DANZIG

Brothänkengasse 50

Telephon: Nr. 549 : Telegramm-Adresse: Baltraco

HOLZ-UNION G. m. b. H.

Langgasse Nr. 73

Telefon Nr. 6840 und 2622 : Telegr.-Adr.: Holzunion
ist laufend Käufer von Eisenbahnschwellen,
Telegraphenstangen und Waldbeständen

Holzindustrie Leon Aitrachan Akt.-Ges.

Kontor: Neugarten 35

Telefon 2731, 1253, 3107

Eigene Wälder in Polen :: Eigene Sägewerke in Polen und Danzig :: Export nach dem Ausland

Bergenske Baltic Transports Ltd., Danzig

Fernsprecher: 1619, 1741, 3399, 5485, 6093, 6094, 6717

Libau - Windau - Riga - Reval - Petrograd - Warschau - Lodz - Pillau - Königsberg - Memel

Telegramm-Adresse für alle Häfen „BERGENSKE“

Reederei - Befrachtung - Spedition - Transport-Versicherung

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen von Danzig nach London - Hull - Tyne - Manchester - Liverpool - Antwerpen - West- und Ostnorwegen - Kristiania - Libau - Windau - Riga - Reval - Petrograd - Große, modern eingerichtete eigene Speicherranlagen und Lagerplätze für Holz, Stück- und Massengüter - Gleis- und Wasseranschluß



Omnibusse

Möbelumzugswagen

Sprengwagen

Milchtransportwagen

Universalkipper

Holztransportwagen

„Daag“ Einheits-Lastkraftwagen

in jeder Ausführung für 2-5 to Nutzlast mit patentierter Motorbremse

ferner: Anhänger für 3-5 to Nutzlast ab Lager Danzig

H. Rheinbay Akt.-Ges.

Telephon Nr. 712, 5317

Danzig, IV. Damm 7

Telegr.-Adr.: Rheinunic

Eigene Reparaturwerkstätte :: Vorführungswagen zur Verfügung

Die Volks- und Berufszählung im Freistaat.

Die am 1. November 1928 vor sich gehende Volks- und Berufszählung soll die Bevölkerungszahl der Freien Stadt feststellen und deren Wachstum oder Rückgang seit den früheren Zählungen angeben. Sie vermittelt die Kenntnis von der Zusammensetzung der Bevölkerung nach den verschiedensten Gesichtspunkten. Darüber hinaus läßt sich aus der Volkszahl der Bedarf der Bevölkerung an den notwendigen Sachgütern, vor allem an Lebensmitteln, ermitteln. Um noch etwas Aktuelles anzuführen, sei erwähnt, daß die Ergebnisse der Volkszählung auch einen Anhalt für die Menge der auszugehenden Geldstrickelungen bieten. So war in Deutschland durch Reichsgesetz vom 1. Juni 1900 der Gesamtbetrag der 1-, 2-, 5- und 10-Pfennig-Stücke auf 2 1/2 Mark für den Kopf, der 1/2-, 1-, 2-, 3- und 5-Markstücke auf insgesamt 15 Mark für den Kopf der Bevölkerung festgesetzt. In hohem Maße bedeutsam ist es weiterhin, daß die Erhebung ermöglicht, die Richtung der Entwicklung auf den mannigfachen Gebieten unseres wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens zu erkennen. Der Volkstag sowie die Verwaltungen in Staat und Gemeinden werden in den Ergebnissen dieser Zählung manche Anregung und zahlreiche Unterlagen zur Lösung dringender Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem, auf kulturellem und hygienischem Gebiete finden. Welche Bedeutung andere Länder der Volkszählungen betreffen, ergibt sich aus dem Umstande, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika regelmäßige Volkszählungen sogar durch die Verfassung eingeführt haben.

Für unser Staatsgebiet ist die Volkszählung nicht zuletzt deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie die erste nach Errichtung der Freien Stadt ist. Die letzte planmäßige Volkszählung in Danzig erfolgte 1910. In den Jahren 1916, 1917 und 1919 fanden lediglich außerordentliche Volkszählungen statt mit dem Hauptzweck, die Versorgungsberechtigten der Gemeindeverbände für die Rationierung der Verbrauchsgüter zu ermitteln.

Das Verfahren der Zählung ist kurz folgendes: Durch Zählung von Haus zu Haus wird die ortsanwesende Bevölkerung gezählt; jede Person wird dort in die Zählungsliste eingetragen, wo sie sich gerade in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November befindet, oder wo sie von der Reise am 1. November ankommt. Jedes abwesende Mitglied der Familie wird also in dem Hotel, in der Haushaltung, in der es übernachtet, im Krankenhaus oder da gezählt, wo es sich gerade aufhält.

Die Hauptarbeit bei der Volkszählung liegt in der Organisation. Es soll erreicht werden, daß überall in unserem Freistaate, in dem verstecktesten Häuschen, zu gleicher Zeit alle Angaben gewissenhaft in die Haushaltslisten eingetragen werden, und daß alle diese Listen, vollständig und richtig ausgefüllt, an die Bearbeitungsstelle, das Statistische Amt der Freien Stadt, gelangen.

Was die Bevölkerungszahl Danzigs in früherer Zeit angeht, so verdanken wir einer genauen Schätzung die Kenntnis der Tatsache, daß die Königin der Weichsel schon vor mehr als 500 Jahren, im Jahre 1415, eine Bevölkerung von 40 000 Personen hatte. Das ist doppelt soviel, als damals der Typus der deutschen Großstadt an Einwohnern hatte. So zählte im Jahre 1419 Hamburg nur 22 000 Köpfe, im Jahre 1400 Lübeck 22 800 Köpfe, im Jahre 1449 Nürnberg 20 165 Personen und im Jahre 1825 Berlin-Cölln nur 15 000 Personen. Es steht zu hoffen, daß auch die Volkszählung des Jahres 1928 im Gebiete der Freien Stadt Danzig den Marktstein einer glücklichen Entwicklung für unsere Heimat bedeutet.

Wahlagitatorische Irreführungen.

Eine Vereinigung von Hausvätern aus Liegenhof, desgleichen Beamte dortselbst hatten mehrfach vergeblich den Senat, dann den Volkstag gebeten, das Realprogymnasium zu Liegenhof weiter auszubauen, d. h. möglichst umgehend zunächst die Obersekunda aufzubauen. Schon einmal hatte sich der Unterrichtsausschuß des Volkstages mit dieser Angelegenheit zu befassen; jetzt nun unterbreitete der Regierungsvorsteher bei erneuter Behandlung des Falles genaues amtlich-städtisches Material. Danach würde eine neu einzurichtende Obersekunda Ostern 1924 mit ganzen zwei Schülern beginnen. Der bedeutende Kostenaufwand würde also in gar keinem Verhältnis dazu. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß eine solche Forderung im Augenblick nicht erfüllbar sei, zumal man auf dem Gebiete des Volksschulwesens ganze Schulen habe eingehen lassen. Wenn man Volksschulklassen zusammenlege, können Kindern einen weiten Schulweg bereite, ihnen durch zahlreiche Entlassungen von Junglehrkräften aus Sparmaßregeln die geistige Kost schmälere, so sei es unannehmlich, für nur zwei Schüler der Allgemeinheit unverhältnismäßig hohe Kosten aufzubürden. Die Sache müsse auf spätere Zeiten vertagt und die Angelegenheit denn erneuter Prüfung unterworfen werden.

Trotzdem der Regierungsvorsteher sogar der Meinung war, daß es zweifelhaft sei, ob schon 1925 die Bedürfnisfrage voll beachtet werden könnte, begann nun ein Spiel bürgerlicher Parteivertreter, das nur als bewußtes und absichtliches Täuschungsmanöver anzupreisen ist. Die Deutschnationalen sprachen sich für Berücksichtigung der Eingaben aus, machten jedoch sogleich die Einschränkung, es möge dem Senat überlassen bleiben, wann er den Zeitpunkt für gekommen erachte, den Ausbau des Realprogymnasiums vorzunehmen. Auch das Zentrum hies sogleich dieselbe politische Gauklermelodie, nur in anderer Variation. Es trat für Berücksichtigung ein, jedoch solle es dem Senat selbst überlassen sein, den Ausbau nur dann vorzunehmen, wenn es möglich sei und wenn es die Staatsfinanzen gestatten. Natürlich stimmten dann auch die Deutschpartei für Berücksichtigung.

Den Wählern draußen verkündet man dann einfach, sie könnten über den Vössel barbierend: Wir, die Deutschnationalen, wir, das Zentrum, stimmen für „Berücksichtigung“. Nichtsahnend nehmen nun an, es sei von diesen Parteien ein Beschluss zustande gebracht, durch den der Senat veranlaßt wird, den Ausbau durch Aufhebung einer Obersekunda auszuführen. Darin liegt die politische Unwahrscheinlichkeit dieser Bürgerblockvertreter, daß sie ihren Wählern die Einschränkung ihrer Zustimmung auf Berücksichtigung, die solchermaßen völlig aufgehoben

wird, verschweigen, so daß sie trügerische Hoffnungen erwecken.

Diese politische Machenschaft ist eine von vielen vielen bürgerblockischen politischen Irreführungen, mit denen man zur Zeit wieder in geschwiegenem Tempo angedacht der rot der für lebenden Wahlen Dumme einzuwaschen sucht, genau so wie man vier Jahre hindurch durch politische Gauklerstücke den bürgerlichen Wählerhaufen genasführt hat.

Wer sich auch weiterhin so behandeln lassen will, dem ist wohl nicht zu helfen.

Was rettet uns Frauen aus diesem Stund?

Ueber dieses Thema sprach die Gen. Len in öffentlicher Versammlung im Gesellschaftshaus in Steinbühnen. Der Saal war hauptsächlich von Frauen überfüllt. In fast zweistündigen ergreifenden Ausführungen schilderte die Rednerin die wahnsinnigen Zustände in der heutigen Wirtschaftsordnung, wobei sie ausführlich und treffend die Schäden des Bürgerblocks kritisierte. Als erfahrene Kämpferin für den Sozialismus bewies die Gen. Len an Hand praktischer Beispiele, wie notwendig am 18. November der Sturz des Bürgerblock-Senat sei. Die Rednerin ging u. a. auch auf das Gebiet der sozialen Fürsorge ein. Als sie auf die Wege und das Ziel der K.P.D. eingieng, leuchteten die Augen der Frauen und begeistert wurden ihre Worte, daß am 18. November alle Frauen und Männer ihre Stimmen für die Liste der K.P.D. abzugeben hätten, aufgenommen. Die Aussprache wurde von den Kommunisten bestritten. Frau Döll sprach über eine Stunde. Enttäuschte Zwischenrufe der Frauen zeigten ihr aber, wie wenig die Frauen mit der K.P.D. einverstanden sind. Mit blutdürstigen Worten tat Frau Döll folgenden bezeichnenden Ausspruch: „Verflucht sei die Hand, die am 18. November der K.P.D. ihre Stimme gibt. Lieber den Deutschnationalen.“ Dieses war selbst den K.P.D.-Leuten zu stark, denn der Kommunist Diekman machte während des Schlußwortes der Rednerin seine Genossinnen Döll und Hofmann öffentlich zur Ruhe. Frau Döll wurde von ihm sogar der Tische beseitigt. In der Aussprache trug auch die Kommunistin Kretschmer ihr aus der „Roten Fahne“ auswendig gelerntes Erbschwein vor. Ihr folgten noch einige kommunistische Leuchten. Im Schlußwort wies die Gen. Len mit Besorgnis die persönlichen Angriffe zurück. Treffend widerlegte sie die widersinnigen kommunistischen Ansichten. Begeistert stimmten die Frauen in die Hochrufe auf die K.P.D. ein, mit denen die Gen. Hein als Versammlungsvorleiterin die Versammlung schloß.

Wasserstandsnotizen am 31. Oktober 1928.

	27. 10.	29. 10.			
Zowischort	+ 1,29	+ 1,26	Kurzbrack	+ 1,97	+ 1,88
	27. 10.	30. 10.	Montauespige	+ 1,45	+ 1,36
Warschau	+ 1,72	+ 1,51	Dieskau	+ 1,53	+ 1,42
	27. 10.	29. 10.	Dirschau	+ 1,74	+ 1,62
Plock	+ 1,34	+ 1,26	Einlage	+ 2,52	+ 2,58
	30. 10.	31. 10.	Schiewenhof	+ 2,68	+ 2,76
Thorn	+ 1,47	+ 1,40	Stagat		
Kordun	+ 1,39	+ 1,32	Schönau O. P.	+ 6,65	+ 6,68
Calin	+ 1,42		Galgenberg O. P.	+ 4,06	+ 4,61
Brandenburg	+ 1,63	+ 1,54	Reahorstbach	+ 2,00	+ 2,00
			Zunahme		

Verantwortlich: für Politik Ernst Koops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Finken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gebl u. C. v. Danzig.

Zwei beachtenswerte Sonderangebote:

Lang gehegten Wünschen meines großen Kundenkreises nachkommend, eröffne ich am Donnerstag, den 1. November,

eine **Spezialabteilung für Damen- und Kinder-Wäsche und Schürzen**
Morgenröcke und Unterröcke

Auch in dieser neuen Abteilung lege ich beim Einkauf mein Hauptaugenmerk auf Haltbarkeit der Stoffe und gediegene Verarbeitung. Ich pflege jede Preislage, jeden modernen Geschmack bis zur vornehmsten Ausstattung. Jede meiner Preislisten zeigt für sich eine unübertreffliche Leistungsfähigkeit. Damen, die sich hiervon überzeugen wollen, bitte ich um Beachtung meines nachstehenden

Einführungs-Sonderangebotes:

Damen-Taghemden	von Gulden	3 ⁷⁵ , 3 ²⁵ , 2 ⁹⁵
Damen-Nachthemden	von Gulden	9 ⁸⁵ , 8 ⁹⁵ , 7 ⁶⁵
Damen-Beinkleider	von Gulden	4 ⁷⁵ , 3 ⁹⁵ , 3 ²⁵
Kinder-Schürzen	von Gulden	1 ⁹⁵ , 1 ⁶⁵ , 1 ³⁵

(in Größe 40 mit der üblichen Größensteigerung)

Gleichzeitig mit dem nebenstehenden Sonderangebot zur Einführung meiner neuen Spezialabteilung verknüpfe ich einen besonders preiswerten

am Donnerstag, den 1. November, beginnenden Verkauf neuer Damen- u. Kinder-Konfektion

Dieser Verkauf bietet Außergewöhnliches, das aus dem Rahmen der Alltäglichen und Gewohnten gänzlich hervorsticht. Ich biete an:

Damen-Mäntel	von Gulden	38 ⁵⁰ , 36 ⁵⁰ , 29 ⁵⁰
Damen-Kostüme	von Gulden	98 ⁵⁰ , 88 ⁵⁰ , 58 ⁵⁰
Damen-Blusen	von Gulden	16 ⁷⁵ , 13 ⁷⁵ , 8 ⁵⁵
Damen-Röcke	von Gulden	14 ⁷⁵ , 9 ⁸⁰ , 6 ⁸⁰

Gelegenheits-Angebote

Knaben- und Mädchen-Konfektion

Große Auswahl in gestrickten Sweatern, Kleidchen, Jacken, Mänteln und Rodelgarnituren

Maß-Anfertigung
einzelner Stücke, wie kompletter Wäsche-Ausstattungen

L. Murzynski

Inn. Wilhelm Troschke

Maß-Anfertigung
in eigenen Werkstätten ohne Preis-Erhöhung

Ämliche Bekanntmachungen.

Den vom 1. November d. Js. ab zur Erhebung gelangenden Rechnungen für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserverbrauch werden bis auf weiteres folgende Einheitspreise zu Grunde gelegt:

1. für 1 cbm Gas . . . 23 Gulden-Pfg.
2. " 1 Kwst. Lichtstr. 65 "
3. " 1 " Kraftstrom 45 "
4. " 1 cbm Wasser 20 "

Die Gebühren für Elektrizitätszähler (mit Ausnahme von Nebenzählern und Schaltuhren) fallen fort.

Gebühren für Nebenzähler = 3 Gulden für den Monat.

Gebühren für Schaltuhren = 5 Gulden für den Monat.

Der Verkauf von Gutscheinen wird beibehalten.

Danzig, den 31. Oktober 1923. (11033)

Der Senat.
Städt. Betriebsamt.

Durch Verordnung des Senats vom 23. Oktober 1923 (G. Bl. S. 1109) ist die Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung für Betriebsbeamte, Angestellte ufm. mit Wirkung vom 1. November 1923 auf 3200 Danziger Gulden jährlich, der für die Berechnung der Beiträge und Leistungen maßgebliche Grundlohn bis zum Höchstbetrage von 8 Danziger Gulden für den Kalendertag festgesetzt worden. Die melde- und beitragspflichtigen Arbeitgeber werden hierdurch aufgefordert, die danach der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Personen bis zum 8. November d. Js. anzumelden und bis zum gleichen Tage für die schon angemeldeten Personen den ihnen vom 1. November 1923 ab zustehenden Entgelt in Danziger Gulden anzugeben. Bei Unterlassung dieser Angaben erfolgt die Einreihung der Versicherten in eine ihrer mutmaßlichen Entlohnung entsprechende Lohnstufe, ohne daß dem Arbeitgeber der Anspruch auf Erstattung etwa zuviel berechneter Beiträge zusteht.

Aus der nachstehenden Einteilung ist die Höhe des auf den Kalendertag entfallenden Arbeitsverdienstes und des täglichen Beitrages in den einzelnen neuen Lohnstufen ersichtlich:

Lohnstufe	Tägl. Arbeitsverdienst	Beitrag (Kalendertag)
I	bis 0,70	0,06
II	0,71 bis 1,05	0,09
III	1,06 bis 1,35	0,12
IV	1,36 bis 1,65	0,15
V	1,66 bis 2,05	0,18
VI	2,06 bis 2,65	0,24
VII	2,66 bis 3,30	0,30
VIII	3,31 bis 3,90	0,36
IX	3,91 bis 4,50	0,42
X	4,51 bis 5,10	0,48
XI	5,11 bis 5,70	0,54
XII	5,71 bis 6,30	0,60
XIII	6,31 bis 6,90	0,66
XIV	6,91 bis 7,50	0,72
XV	mehr als 7,50	0,78

Ausführlichere Übersichten über die Lohnstufen und Beiträge sind im Geschäftslokal der unterzeichneten Kassen gegen Erstattung von 10 Danziger Pfennigen erhältlich. (11029)

Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig, Jopengasse 52.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Höhe in Oliva, Pelonker Straße.

Landkrankenkasse des Kreises Danziger Höhe in Danzig, Hohe Seigen, ehem. Art.-Kaserne.



Der übernimmt
Leib- u. Speiseküche
von einzelnen Herrn auf
Niederstadt? Angeb. mit
U. 1865 an die Exped. der
Wolfsküche

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, 31. Oktober, abends 7 Uhr.
Dauerkarten Serie 2.

Die verlorene Tochter

Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.
In Szene gesetzt von Heinz Brede.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9¼ Uhr.

Donnerstag, 1. November, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die fünf Frankfurter“. Lustspiel.

Freitag, 2. November, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie 3. „Madame Butterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling). Trauödie einer Japanerin.

Sonnabend, 3. November, abends 6 Uhr. „Freie Volksbühne“ (Geschlossene Vorstellung).

Sonntag, den 4. November, 7 Uhr abends
im Remter d. Franziskanerklosters l. d. Fleischergasse
Montag, den 5. November, 7¼ Uhr abends
im Conradinum, Langfuhr

Erster Kammermusik-Abend des Danziger Trios

Ella Mertins, Klavier
Max Dowidoff, Violine

Johannes Hannemann, Violoncell.

Programm: Reger: Trio E-Moll op. 102,
Brahms: Trio C-Dur op. 87.

Karten zu 2,10, 1,60 und 1,10 Goldmark zu
haben für Danzig in der Musikalienhandlung
Ziemssen, Hundegasse 38, für Langfuhr b. Arndt,
Hauptstraße 106. (11026)

Konzertflügel Rauh, Magazin Heinrichsdorf.



Flamingo

Bühne und Film
Vornehme Lichtspiele
Junkergasse 7. Telefon 6910

Stanleys Reisen und Abenteuer sind Tagesgespräch!

Der tägliche Andrang
und die begeisterte Aufnahme unserer
wert. Besucher zeugen für die besondere
Güte dieses wissenschaftlichen Werkes.

Ein Miterleben ist der zweite Teil!

Urwaldschrecken

6 spannende Akte, prächtig koloriert.

Neu für Danzig ist Harry, der Ur-
komische in seinem ersten Lustspiel:

Harry als Doppelgänger!

Harry erntet überall tosenden Beifall.

Außerdem:

Die Frau am Scheidewege!

Drama mit Pola Negri, Harry Liedtke.

Wir bitten höfl. zu beachten, daß auch
der zweite Teil sieben Tage gezeigt
wird, und um d. gewaltigen Andrang
zu vermeiden, im eigensten Interesse
die 4-Uhr-Vorstellungen zu besuchen.

Mündelsichere Anlegung von Spareinlagen und Depositen gegen Verzinsung in Danziger Gulden

kann erfolgen.

Bereinigung der Sparkassen in der Freien Stadt Danzig.

10982

Institut für Zahnleidende

Pfefferstadt
Nr. 71, 1 Treppe
2 Minuten vom
Hauptbahnhof

Durchgehende Sprechzeit von
morgens 8-7 Uhr abends

Geleitet von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen des
zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, betrachte
ich es als meine **Hauptaufgabe**, jedem Zahnersatzbedürftigen
sachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder sieht selbst
ein, daß aus **gesundheitlichen Rücksichten** ein Zahnersatz
unbedingt notwendig ist, da zum **größten Teil alle**
Magenkrankheiten auf die Ursache eines schlechten Gebisses
zurückzuführen sind.

Erstklassige Ausführung in naturgetreuer, feststehen-
dem **Zahnersatz** unter
Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Repara-
turen, Umarbeitungen in einem Tage. Zahnröhren bei Bestellung
kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz,
Stützröhre usw.

Plombieren mit dem neuesten Apparaten wird sehr schonend
und gewissenhaft ausgeführt.

Schmerzloses Zahnziehen betreffend wird speziell
hingewiesen auf die An-
erkennungen und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.

Die Preise sind, mit den Friedenspreisen verglichen, sehr niedrig
angesetzt. Zahnersatz pro Zahn von **1 G.-Mk.** an.
Zahnziehen mit Betäubung, Plomben von
Reichsmark wird nach dem Tagesmarktpreis umgerechnet.
Sensitiblen kuppelnde Operationszimmer. — Eigenes Laboratorium.
Auswärtige Patienten werd. möglichst an einem Tage behandelt.

Ein Tisch

Bater Klüppel

Waldhorn Irti.

zu verk. Al. Gasse 6b

zu verkaufen

Sehe Seigen 10, 1 Er. (f)

**Frostansalbe
Frostanbad
Frostanpinselung**
in Apotheken und Drogerien
erhältlich,
en gros Labor. „Osten“ A.-G.
Danzig (10596)

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 11022

Achtung! Heute! Achtung!

Der große Sensations-Spielplan!!!

„Die Flammenfahrt des Pacific-Express“

Sensations-Film in 6 großen äußerst
spannenden Akten.

In der Haupt- u. Titelrolle: Fred Paster-Saterp

Ferner: „Percy Moran's Verbrechen“
Sensationsdrama in 5 Akten
mit Hanna Lierke in der Hauptrolle.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Jüngerer Kaufburschen stellt sofort ein Danziger Volksstimme, Am Spandhaus 6.

Außerordentlich günstige Kaufgelegenheit

Wolster- und Paletot-Stoffe, Winteranzug- und
Damenkostüm-Stoffe, sowie Damentuche
in reicher Auswahl und billigsten Preisen

Bis zum 10. Novbr. d. J. gewähre ich auf meine äußerst
scharf kalkulierten Preise einen **Extra-Rabatt von 6%**

Bei Anzahlung werden gekaufte Stoffe bis 5 Wochen
reserviert.

Eduard Leiske

„Spolcher Holland“, Hopfengasse Nr. 30. 11077

Sparkasse der Stadt Danzig

Jopengasse Nr. 36/38

Mündelsicher

Fernspr. 3041/45, 7321/25

Nebenstellen: Altstadt, Graben 93, Fernspr. 3093. Langfuhr, Hauptstr. 106, Fernspr. 3373.

Neufahrwasser, Olivaer Str. 38, Fernspr. 3553

Annahme von Spareinlagen und Depositen

gegen bestmögliche Verzinsung
sowie Eröffnung von Konten in laufender Rechnung

in Danziger Gulden und in Auslandswährung

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.